

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Bezirkshaushalt 2019

Sehr geehrten Herren Präsidenten,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben uns in Vorbesprechungen, Ausschusssitzungen - zuletzt im Bezirksausschuss am 17. Januar - intensiv mit dem Zahlenwerk beschäftigt, das die Verwaltung für den Haushalt 2019 vorgelegt hat. Auch heute haben wir die Zahlen gehört. Sie sind das Resultat gesetzlicher Bestimmungen bzw. Ausflüsse von Beschlüssen, die hier im Bezirkstag in der Regel mit großer Einmütigkeit getroffen worden sind.

Ein Dissens hat sich allerdings ergeben bei der Frage der Finanzierung, genauer gesagt bei der Verteilung der Kosten zwischen staatlicher und kommunaler Seite. Es geht um 0,2 Prozent oder 3,2 Millionen Euro Bezirksumlage: Eine Petitesse, wie mancher wohl meinen mag, bei einem Haushaltsvolumen von über 800 Millionen Euro.

Angesichts der Entwicklung der Sozialausgaben, die in diesem Jahr eingeleitet wird und sich in den nächsten Jahren fortsetzen wird, werden sich jedoch ganz andere Dimensionen entwickeln. Es gilt hier rechtzeitig Position zu beziehen und die richtigen Signale sowohl an Zuschussgeber als auch an Umlagenzahler auszusenden.

Hier machen es sich einige Bezirksräte zu leicht, wenn sie nur die Aufgaben des Bezirks sehen und bei ausbleibenden Zuschüssen einfach auf die Umlagenzahler verweisen. Dabei lassen sie das Kernproblem des Bezirks außer Acht.

1. Der Bezirk erfüllt Aufgaben im sozialen und kulturellen Bereich. Im sozialen Bereich beruhen diese auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen. Dies trifft auf 88,65 Prozent der Ausgaben, als rund 459 Millionen Euro zu.
2. Der Bezirk verfügt über keine eigenen Einnahmen. Er ist auf Zuweisungen und Umlagen angewiesen.
3. Aufgabe des Bezirkstages ist es, sich für die betroffenen Menschen in Unterfranken und deren Anliegen einzusetzen. Es ist aber auch seine Aufgabe, sich dafür einzusetzen, dass es zu einem fairen Interessenausgleich zwischen dem Geldgeber „Staat“ und dem Geldgeber „Umlagenzahler“ kommt. Es ist also Aufgabe des Bezirkstages, sein Stimme zu erheben, wenn in diesem Ausgleich eine Schieflage eingetreten ist oder eintreten droht. Deshalb muss die Diskussion um die Bezirksumlage intensiv und mit Außenwirkung geführt werden. Vor allem dann, wenn wie in diesem Jahr Aufgaben in erheblichem Umfang auf den Bezirk zukommen, die Lasten aber nicht gleichmäßig verteilt werden.
4. Es ist nicht die Aufgabe des Bezirkstages, die Lasten, die der Bezirk zu tragen hat, einseitig auf die Kommunen weiterzugeben, und schon gar nicht, die Steuerzuwächse der Kommunen „abzuschöpfen“.

Bund, Länder und Kommunen durften im Jahr 2017 eine erfreuliche Steigerung der Steuereinnahmen um 909 Mio. Euro auf nun 18,7 Mrd. Euro verzeichnen. Dies wird aber nicht auf Dauer so bleiben.

Diesen positiven Faktoren steht jedoch eine ungebremsende Ausgabendynamik im Bereich der Sozialhilfe gegenüber. Alleine in den letzten 10 Jahren haben sich die Ausgaben in diesem Bereich um annähernd 50 % gesteigert.

Daneben sind die Bezirke gefordert, das Bayerische Teilhabegesetz sowie das Bundesteilhabegesetz in all seinen Facetten zeitnah und ungeschmälert umzusetzen, die UN-Behindertenrechtskonvention entsprechend anzuwenden, einen existierenden Investitionsstau (z. B. in den Wohn- und Pflegeheimen) sowie zusätzlich übertragene Aufgabe z. B. Hilfe zur Pflege zu leisten. Ein ungebremsend steigender Umlagebedarf ist das Ergebnis.

Der Bezirk muss dabei die Ausgaben im Blick haben für die er verantwortlich zeichnet, vor allem was die Organisation betrifft. Hier sind in der Vergangenheit in der Sozialverwaltung in Abstimmung mit der Verwaltungsspitze und dem Bezirkstag unter Einbeziehung externer Gutachten Änderungen vorgenommen worden, die gegriffen haben. Die Bezirksräte, die schon länger dabei sind, werden sich noch gut erinnern.

Jetzt stehen wir in der Sozialverwaltung erneut vor einer großen Herausforderung. Die Umsetzung des Bundes- und Landes-Teilhabegesetzes werden den Bezirk personell und finanziell fordern. Dies wirkt sich sogar auf die Bauverwaltung aus, die immer wieder ihre Bauplanung anpassen muss.

Deshalb ist es besonders enttäuschend, dass die FAG-Mittel für die Bezirke nicht erhöht wurden. Für eine gesellschaftliche Aufgabe der medizinischen Versorgung, der Pflege und der Integration – ich habe dies in der BA-Sitzung ausführlich dargelegt, und dafür breite Zustimmung erhalten – können die Mehrbelastungen nicht einseitig an die Kommunen weitergeschoben werden. Es ist eine Zumutung diese mit dem Verweis auf die Mehreinnahmen der Kommunen zu begründen. Nicht nur die Kommunen, auch Land und Bund haben mehr Geld als im Vorjahr. Die Gemeinden brauchen das Geld nicht zum Verprassen, sondern für Leistungen für ihre Bürger. Nebenbei bemerkt: Es sind die Bürgerinnen und Bürger in unseren Gemeinden, die täglich die Arbeitsleistungen erbringen, die zu einem Mehrwert geführt haben. Dafür bezahlen die Bürgerinnen und Bürger aus Unterfranken 27 Millionen Euro mehr als im Vorjahr an den Bezirk, insgesamt rund 285 Millionen Euro.

Bei der Betrachtung der Umlagekraft darf nicht nur auf die kreisfreien Städte gesehen werden. Die meisten Menschen in Unterfranken leben in kleinen Städte und Gemeinden. Auch dort werden soziale Leistungen erbracht. Auch dort werden die höheren Steuereinnahmen gut gebracht.

Beispielsweise darf ich eine kleine Gemeinde wie Sand nennen. Als Maßnahmen wurden und werden dort umgesetzt:

- Barrierefreiheit im Rathaus und im Sportzentrum (Bericht im Fänkischen Tag vor vier Wochen: „Besser geht es nicht“),
- Bau von Kinderkrippen (Haben wir schon vor Jahren zwei errichtet, morgen ist Baueinweisung für zwei weitere Kinderkrippen) und
- Schaffung von Wohnraum für sozial Bedürftige (Laufen Planungen Abstimmungen mit der Regierung von Unterfranken).

Das ist die Realität bei den Umlagezahlern in den Kommunen. Angesichts der Diskussionen, die zuletzt hier in diesem Haus geführt worden, ist es erforderlich wieder einmal darauf hinzuweisen wie es dort aussieht, wo das wirkliche Leben spielt.

Die Finanzverwaltung des Bezirks, ob in der Vergangenheit unter der Federführung von Herrn Klingert oder jetzt unter Herrn Polst hat bewiesen, dass sie ihr Geschäft versteht und mit Augenmaß betreibt. Gerade in der Kulturstiftung haben wir erlebt, dass auch mit seriösen Geldanlagen eine zufriedenstellende Rendite zu erzielen ist.

Die Verwaltung bringt bei den Haushaltsberatungen ihre Hinweise immer nur sehr dezent an. Zu übersehen sind sie dennoch nicht.

Vorbemerkungen S. 23: „Solange die Bezirke keinen Ausgleich aus Landes- oder Bundesmitteln erhalten, werden sich die steigenden Sozialausgaben in den kommenden Jahren zunehmend in einem erhöhten Umlagebedarf niederschlagen.“

Hier müssten bei den Bezirksrätinnen und –räten zum ersten Mal die Alarmglocken schrillen:

1. Die Bezirke werden weiterhin mehr Geld für die Sozialausgaben benötigen
2. Die Kosten müssen an die Landkreise, Städte und Gemeinden weitergegeben werden.

Weiter schreibt die Verwaltung: „Ob hierfür die jährliche Umlagesteigerungen ausreichen, muss zumindest in Frage gestellt werden“. Das heißt, dann geht es in den Kommunen an die Substanz.

Vor diesem Hintergrund - vor diesem ernsten Hintergrund - ist die Diskussion um die Bezirksumlage zu sehen. Vordergründig mag es zunächst um nur zwei Zehntelpunkte oder 3,2 Millionen Euro gehen. Mittel- und langfristig geht es jedoch darum, das Finanzierungssystem zwischen Bund, Ländern und Kommunen in der Balance zu halten und zu verhindern, dass es in eine Schieflage gerät.

Die Sorge um diese Schieflage war der Grund für die von der SPD-Fraktion verfasste Resolution, die der Bezirksausschuss in seiner letzten Sitzung am 17. Januar verabschiedet hat. Das Signal geht somit an Bund und Land für die notwendige finanzielle Ausstattung zu sorgen, es geht aber auch an die Städte, Gemeinde und Landkreise, dass man auch ihre Sorgen und Bedürfnisse ernst nimmt und Rechnung trägt.

Dank an Verwaltung mit Präsident Erwin Dotzel an der Spitze,
im Nachgang noch Herrn Klingert und jetzt Herrn Polst,
Herrn Ditze und Herrn Brückner für die umsichtige Organisation der Verwaltung
sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen des Bezirks.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt mit seinen Anlagen in der vorliegenden Form zustimmen.

12.2.19

Bernhard Ruß